



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:  
Jens Christian Kage  
Pressesprecher

[Jens.C.Kage@bfw-bund.de](mailto:Jens.C.Kage@bfw-bund.de)  
[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)  
[www.bfw-newsroom.de](http://www.bfw-newsroom.de)

Twitter: @BFWBund

## **BFW-PRESSEMITTEILUNG**

### **Stornierungen im Wohnungsbau erreichen Allzeit-Hoch - Treffen mit Kanzler bietet Chance umzusteuern**

**Berlin, 12.09.2023. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen fordert angesichts der Wohnungsbau-Krise ein entschiedenes Gegensteuern der Bundesregierung. Laut einer aktuellen Umfrage des ifo-Instituts berichten 20,7 Prozent der Unternehmen von Stornierungen und 44,2 Prozent über Auftragsmangel. „Der historische Höchststand bei den Stornierungen und der enorme Auftragsmangel belegen: Unsere Warnungen vor dem Absturz treffen nun ein. Diese wirtschaftliche Fieberkurve wird weiter steigen. Wenn nicht bald gehandelt wird, ist der Patient Wohnungsbau tot. Die gesamtwirtschaftlichen Folgen werden dann verheerend sein“ erklärte BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.**

„Aus den schönen Sonntagsreden muss zupackendes Montagshandeln werden. Wir brauchen jetzt unbedingt konkrete Maßnahmen, um diesen Niedergang aufzuhalten. Das Treffen der Branche im Kanzleramt mit Bundeskanzler Olaf Scholz bietet die Chance, einen neuen Weg einzuschlagen und diesen dann gemeinsam mit den Fachministerien und insbesondere mit den Ländern und Kommunen zu gehen. Viele der kleinteiligen regionalen Regelungen verhindern kostengünstiges Bauen. Wir haben einen enormen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, die ausgerufenen Ziele sind nurmehr Wunschdenken und bleiben es für sehr lange Jahre ohne ein konzertiertes Umsteuern. Wir brauchen jetzt pragmatische Lösungen: Die Erwerbsnebenkosten müssen runter, es braucht klare Finanzierungs- und Förderbedingungen, damit der dringend benötigte Wohnungsneubau auch realisiert werden kann. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen schlanker und schneller werden“, so der BFW-Präsident.

---

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.